

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 220.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

30. Jahrgang.  
Freitag, den 20. September.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1878.

## Ein Sündenbuck.

„Es ist meinem Vater schon recht, warum kauft er mir keine Handschuhe“ — klagte bekanntlich jener Bauernjunge, der sich die Hände erfroren hatte. Ganz nach derselben Logik verfährt man heute in Oesterreich, um die Schuld an den Unfällen und Niederlagen bei der Okkupation nicht sich selbst, sondern Andern aufzubürden. Man braucht eben einen Sündenbuck und wer böte sich dazu besser und bequemer dar als Fürst Bismarck! Er ist ja daran gewöhnt. Zwar hat es seit einigen Jahren etwas nachgelassen, aber man weiß, daß an Allem, was in Europa und noch darüber hinaus Unglückliches geschah, kein anderer die Schuld trug als Bismarck; es ging ihm wie in neuester Zeit dem Liberalismus, der bekanntlich die Schuld an den Ausschreitungen der Sozialdemokratie tragen soll.

Bismarck — behauptet die österreichische Presse — hat aus einer leicht begreiflichen Malice den Reichskanzler Grafen Andrassy in die Falle gelockt; Bismarck hat nun auch die letzten seiner Freunde, die Deutschen in Oesterreich verloren, denn sie können ihn nicht mehr verteidigen, da er Oesterreich in's Unglück gestürzt; Bismarck hat die Freundschaft, die ihm der offene und ehrliche Andrassy entgegengebracht, verrathen; er triumphirt über die Unglücksfälle, die Oesterreich in Bosnien betroffen u. s. w.

Wir könnten zunächst entgegen, Bismarck ist vor Allem Kanzler des deutschen Reiches; seine erste Pflicht besteht darin, die Interessen Deutschland zu wahren. Wenn die österreichische Okkupation in Bosnien und was dazu gehört, nötig wäre, die deutschen Interessen zu fördern, so hätte Bismarck vollkommen Recht gehabt, wenn er, wie man in Oesterreich sagt, Andrassy, „in die Falle gelockt“ hätte; nicht er, sondern Andrassy ist der Minister für Oesterreich-Ungarn. Aber wir haben das nicht nötig; wir behaupten nach wie vor, daß beide, Andrassy und Bismarck, vollkommen im wohlverstandenen Interesse der beiderseitigen Reiche gehandelt haben, wenn Bismarck das Mandat, welches nicht er, nicht Deutschland, sondern Europa Oesterreich übertrug, befürwortete und wenn Andrassy es annahm. Beide haben darin vollkommen offen und ehrlich gehandelt, fern von allen diplomatischen Ränken und Intriguen, und wenn die Okkupation Bosniens nicht so leicht und schnell vor sich gegangen, wie Beide anzunehmen das Recht hatten, so trägt weder Bismarck noch Andrassy die Schuld, sondern einzig und allein Oesterreich, d. i. die militärische Oberleitung in Oesterreich; wir meinen natürlich nicht die Generale, welche man nach Bosnien geschickt; diese sollen sich ja allen Berichten zufolge außerordentlich fähig und tüchtig bewiesen haben, sondern wir meinen die militärische Oberbehörde in Wien oder auch die Militärpartei, in welcher die Gegner Andrassy's zu suchen sind.

Oesterreich hat denselben Fehler begangen, wie ihn Rußland im Anfang des orientalischen Krieges beging und den es so schwer büßen mußte. Oesterreich orientirte sich nicht vollständig und unterschätzte die Widerstandskräfte der zu okkupirenden Provinzen; Oesterreich vergaß wie Rußland, daß ein absterbendes Volk noch einmal alle seine Kräfte zusammenschafft, um dem drohenden Tode zu entgehen. Haben dasselbe doch sogar die gänzlich verweichlichten und korrumpirten Byzantiner vor vier Jahrhunderten gethan und dadurch noch im Momente des Unterganges dem Sieger Achtung abgerungen. Was Rußland vor Plevna, das hat Oesterreich in Bosnien erfahren. Die Theilung der Türkei ist unabwendbar; man merkt das in Konstantinopel endlich auch — daher die letzten Verzweiflungskämpfe der Türkei, das letzte Aufblitzen gegenüber Oesterreich in

Bosnien und gegenüber Griechenland an einer anderen Stelle — aber unaufhaltsam rückt der Untergang des abgestorbenen Reiches näher und näher.

Es gab keinen anderen Staat, welcher die Aufgabe in Bosnien ausführen konnte, als Oesterreich; dazu hat weder Andrassy noch Bismarck Etwas gethan. Klagt Eure geographische Lage oder das Schicksal an, kann man heute den Oesterreichern nur zurufen, wenn Ihr einen Sündenbuck braucht; aber laßt uns in Ruhe und schwagt nicht wider besseres Wissen von einer deutschen Feindschaft. Diese ist längst begraben nach der letzten notwendigen Auseinandersetzung und wird, soweit es Deutschland betrifft, nie wieder aufleben.

Denn beide Reiche sind auf einander angewiesen, und das ist der andere und der wichtigste Grund, weshalb beide Staatsmänner sich in offener Freundschaft vereinigen auch in dieser vorliegenden Frage. Welchen Widerspruch hätte es in ganz Oesterreich und mit Recht hervorgerufen, wenn der Berliner Kongreß einem anderen Staate, etwa Italien, die Okkupation Bosniens übertragen hätte. Oesterreich durfte das nicht einmal dulden. Nach wie vor halten wir die Politik, welche Andrassy auf dem Berliner Kongresse verfolgte und Bismarck unterstützte, für vollkommen ehrlich und im Interesse beider Reiche begründet. Sollte das Uebergewicht Rußlands auf der Balkan-Halbinsel noch größer werden oder vielmehr ganz allein vorwiegen? Wie gern hätte Rußland das europäische Mandat auch für Bosnien und die Herzegowina mit übernommen; es lag ja in seinen innigsten Wünschen. Das zu hindern, mußte das Streben Oesterreichs wie Deutschlands sein, denn beide Reiche haben gleichviel von Rußland zu fürchten, und das haben die beiden Staatsmänner, Andrassy und Bismarck, gehindert. Dadurch haben sie sich um Deutschland wie um Oesterreich verdient gemacht. Mag die Undankbarkeit Oesterreichs sprichwörtlich sein, in diesem Falle glauben wir nicht daran, ebensowenig wie wir an den Sturz Andrassy's und seine Ersetzung durch Senney glauben.

## Tageschau.

Freiberg, 19. September.

Durch die bisherigen Reichstagsverhandlungen hat sich unsere innere Lage in erfreulicher Weise geklärt. Die Regierung kommt, nachdem sie sich davon überzeugt, daß sie mit der Auflösung des vorigen Reichstags die von ihr gewünschte Verschiebung des Schwerpunktes nicht in dem erhofften Maße erreicht, der neuen Volksvertretung weit freundlicher entgegen, als man nach den früheren Angriffen ihrer Organe auf die liberale Partei erwarten durfte. Durch den Ausfall der Wahlen zur Ausführung ihrer Absichten in erster Linie auf die Unterstützung derjenigen Partei angewiesen, mit der sie bisher am Aufbau des deutschen Reiches zusammen gearbeitet hat, begreift sie, daß sie mit Verhältnlichkeit und Vertrauen mehr erzielen wird, als mit Herausforderungen und Mißtrauen. Innerhalb des Reichstags weiß man denn auch dies Entgegenkommen zu würdigen. Obgleich man sich durch die rein formelle, kalte und geschäftsmäßige Art, wie der Eröffnungssatz vollzogen wurde, nicht angenehm berührt fühlte, wünscht man doch nichts sehnlicher, als sich über den Hauptgegenstand, um den es sich zunächst handelt, mit der Regierung zu verständigen. Allem Anschein nach wird das auch gelingen. Die Motive des vorgelegten Gesetzesentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie haben allerseits Eindruck gemacht und die Ueberzeugung befestigt, daß außerordentliche Maßregeln zum Schutz der bedrohten staatlichen Ordnung unerlässlich sind. Man sieht immer mehr ein, daß gerade ein Ausnahmengesetz, wie das vorgelegene, dazu dient, den Genuß der bürgerlichen Freiheiten, insbesondere das Vereins- und Versammlungsrecht, für die staatsfreundliche Mehrheit des Volks vor dauernden Einschränkungen zu sichern. Die Regierung wird sich daher in ihrer Erwartung, daß ihr die erforderlichen Mittel zum Schutz der staatlichen Ordnung gewährt werden, nicht ge-

täußt sehen. Möglich, daß der Reichstag das in dem früheren Gesetzesentwurf vorgeschlagene neue Reichsamt für Vereinswesen und Presse wiederherstellt, kein Zweifel, daß er für die Geltung des ganzen Gesetzes einen Endtermin feststellt, aber zu Stande kommen muß und wird das Gesetz unter allen Umständen.

Ueber die Räumlichkeiten, welche Kaiser Wilhelm auf Wilhelmshöhe bewohnt, wird aus Kassel berichtet: Für den persönlichen Bedarf des Kaisers sind nur drei Zimmer reservirt. Sie liegen im ersten Stockwerke und bieten eine wunderschöne Aussicht nach der Stadt Kassel. Das größte dieser Zimmer dient als Wohnstube und in ihm nimmt der Kaiser auch die regelmäßigen, ihm zu erhaltenden Vorträge entgegen. Die Möbel sind blauer, goldgeflackter Seide überzogen, sind in ihrer Form sehr einfach, vor Allem aber einfach und schmucklos ist der große am Fenster stehende Schreibtisch; dabei ist er freilich sehr praktisch. Unter einem großen Spiegel, auf einer marmornen Konsole, ist ein Geschenk niedergelegt, welches nicht verfehlt wird, dem hohen Empfänger viel Freude zu bereiten. Es ist dies ein kleines, etwa 0,75 Meter langes Modell eines Panzerkanonenbootes, auf dessen Verdeck sich eine nach allen Richtungen drehbare Kanone befindet, deren wunderhübsche Ausführung dem Geber des ganzen Modells, dem Kanonenkönig Krupp in Essen, alle Ehre macht. An diese Wohnstube schließt sich ein kleineres Gemach an, welches der Kaiser benutzt, wenn er allein und ungestört arbeiten will. In dieser Stube befindet sich ein alterthümlicher, werthvoller Schreibtisch, die Möbel sind mit weißer und Rosaide überzogen, ebenso die Vorhänge der Fenster. Die dritte und letzte Stube ist das Schlafzimmer des Kaisers. Schwere grünseidene Vorhänge dämpfen den Strahl des Lichts, die mit demselben Stoffe überzogenen Möbel geben dem ganzen Zimmer den Ausdruck der Ruhe; der schwere türkische Teppich unterdrückt jedes Geräusch der Tritte. Ein prachtvolles Bett, welches in dem Zimmer steht, wird vom Kaiser nicht benutzt, er schläft vielmehr in seinem bekannten Feldbett, welches aus Gassein mit herübergebracht worden ist. Die übrige Einrichtung ist ebenfalls so einfach wie nur irgend denkbar. Auf Wilhelmshöhe werden in diesen Tagen eintreffen: Der deutsche Kronprinz mit seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Wilhelm, welcher aus dieser Veranlassung aus England zurückkehrt; die Prinzen Karl, Friedrich Karl und Albrecht; die Großherzoge von Hessen, von Mecklenburg-Schwerin und von Sachsen, der Erbprinz von Sachsen, der Herzog von Edinburg, welcher gegenwärtig in Koburg weilt, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen und der Fürst von Waldeck und Pyrmont. Gegenüber einem von der „Volkszeitung“ geäußerten Zweifel, wie der Minister des Innern behaupten konnte, Robiling sei gerichtlich vernommen worden, konstatirt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß eine gerichtliche Vernehmung Robiling's in aller Form Rechtens stattgefunden und daß derselbe dabei die von dem Minister des Innern in der Reichstagsitzung vom 16. September angeführten Aeußerungen gethan habe. — Betreffs des vom Berliner Kabinett angeregten Schritts der Mächte bei der Pforte befaßt schneller Ausführung des Berliner Vertrages, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, die deutsche Regierung dürfte vorläufig diese Angelegenheit nicht weiter verfolgen, umso mehr als die Sachlage durch die inzwischen geschene Räumung Batums eine Aenderung erfahren habe. Ueberhaupt falle die deutsche Anregung in eine frühere Zeit, wo die Pforte um die Ausführung des Vertrages sich weniger zu bemühen schien. — Gestern früh 3 Uhr ist in dem Postwagen eines von Magdeburg nach Berlin abgelassenen Güterzuges durch Selbstentzündung eines Colli Feuer entstanden. Der Zug wurde zum Stehen gebracht. Der Wagen ist bis auf die Eisenbestandtheile mit sämtlichen Briefen und 800 Paketen verbrannt und sind nur 15 Pakete gerettet worden. Der Postschaffner rettete sich durch's Fenster.

Die Mißgeschicke der österreichischen Truppen in Bosnien lassen das alte Gerücht vom Rücktritte Andrassy's von Neuem auftauchen. Man nennt Senney und Beust als Nachfolger desselben. Senney dürfte keinesfalls — wenn wirklich eine Aenderung in der obersten Leitung der Politik eintreten sollte, was wir vorläufig noch bezweifeln — auf die Nachfolgerschaft des Reichskanzlers Aussicht haben, da